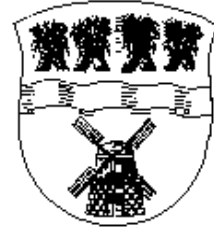


GEMEINDE VASTORF



Niederschrift

über die 2. Sitzung des Rates der Gemeinde Vastorf
am Montag, den 19.12.2016 im Dorfgemeinschaftshaus in Vastorf

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.20 Uhr

Anwesend

vom Rat:

Bürgermeister, Vors.	Peter Lade
Ratsmitglied	Jürgen Stöckmann
Ratsmitglied	Dörte Willenbockel
Ratsmitglied	Frauke Schachtschneider
Ratsmitglied	Hans-Günter Meyer
Ratsmitglied	Marco Kammlodt
Ratsmitglied	Karsten Halbensleben
Ratsmitglied	Henning Wille
Ratsmitglied	Norbert Pinz

von der Verwaltung:

Gemeindedirektor Dennis Neumann

vom Büro Ohlenroth:

Dipl.-Ing- Werner Ohlenroth
Dipl.-Ing- Kai Elvers (beide zu TOP 4-6)

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Lade begrüßte die Anwesenden und stellte, da alle Ratsmitglieder anwesend waren, die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde den anwesenden Einwohner/innen die Möglichkeit gewährt, Fragen an die Verwaltung und Ratsmitglieder zu stellen.

Auf Antrag der Verwaltung wurde die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte verändert. Der Tagesordnungspunkt 8 „Beratung und Beschlussfassung über den geplanten Neubau eines Radweges entlang der Kreisstraße 28 zwischen Barendorf und Vastorf“ soll unter Tagesordnungspunkt 6 beraten werden. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschoben sich entsprechend nach hinten.

Die Änderung der Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

2. Genehmigung der Niederschrift vom 14.11.2016

Die Niederschrift vom 14.11.2016 wurde mit folgender Änderung einstimmig genehmigt:

Tagesordnungspunkt 8; Ergänzung: Der Beschluss wurde mit 2 Nein-Stimmen und 7 Ja-Stimmen gefasst.

3. Bericht des Gemeindedirektors/ Bürgermeisters

Herr Neumann berichtete über folgende wichtige Angelegenheiten:

- Durch den plötzlichen und in dieser Weise unerwarteten Wintereinbruch im November, kam es auch in der Gemeinde Vastorf zu Schäden an Bäumen. Die eingegangenen Meldungen über Beschädigungen an den Bäumen wurden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazitäten abgearbeitet.
- Die Vorplanung hinsichtlich des Umbaus des Küchenbereichs im Dorfgemeinschaftshaus ist abgeschlossen. Morgen finden die Submissionen (Angebotsöffnungen) zu den einzelnen Teilgewerken statt und können im Rahmen der nächsten Sitzung vergeben werden. Geplant ist es, im Januar 2017 mit den Umbaumaßnahmen zu beginnen, um die Genehmigungsfähigkeit der Küche für einen eingeschränkten gaststättenrechtlichen Betrieb zu erwirken. Für die Dauer der Arbeiten findet im Dorfgemeinschaftshaus kein Betrieb statt.
- Im Zusammenhang mit der geplanten Ertüchtigung der Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg ist es beabsichtigt, einzelne Bahnhaltepunkte entlang dieser Strecke zu schließen. Hintergrund ist, dass die sogenannte Wendlandbahn eine bessere Taktung erhalten soll und seine Fahrzeit auf unter 60 Minuten zu reduzieren. Die bessere Anbindung an die Abfahrtszeiten des Metronoms spielt dabei eine gewichtige Rolle. Im Rahmen eines Bürgermeistergespräches auf Ebene der Samtgemeinde wurde vereinbart, dass der Bahnhaltepunkt Vastorf nicht in Frage gestellt werden soll. Innerhalb der Samtgemeinde verfügt dieser Bahnhaltepunkt über die höchsten Ein- und Ausstiegszahlen und liegt im Vergleich zu den Haltepunkten Bavendorf und Wendisch Evern weder an einer Schnellbuslinie bzw. verfügt über keine unmittelbare Stadtanbindung (Lüneburg).

4. Vorstellung, Beratung und Beschlussfassung über die geplanten Erschließungsmaßnahmen im Industriegebiet Süd-West

Herr Neumann stellte dar, dass aufgrund des sukzessiven Verkaufs von Industrieflächen die Notwendigkeit besteht, sich über die weiteren Grundstücksparzellierungen Gedanken zu machen. Gemeinsam mit dem Ingenieurbüro Ohlenroth wurde ein Vorschlag erarbeitet, der den Ratsmitgliedern im Rahmen einer Präsentation vorgestellt wurde.

Es ist notwendig, dass die Festlegung von öffentlichen Verkehrsflächen konkret im Bebauungsplan definiert wird. Da die Gemeinde aufgrund städtebaulicher Notwendigkeit den Bebauungsplan „Industriegebiet Süd-West“ ändern möchte, ist es sinnvoll, die Straßen- und Erschließungsplanung unmittelbar im Rahmen dieses Änderungsverfahrens mit einzuarbeiten. Der Hintergrund der geplanten Änderung des Bebauungsplans ist im Wesentlichen die Klarstellung, dass bauliche Anlagen über 50 Meter nicht zulässig sein sollen. Mit dieser Festsetzung soll dokumentiert werden, dass insbesondere Windenergieanlagen in dem Plangebiet nicht errichtet werden können. Ferner sollen Betriebe aus der Urproduktion nicht auf diesen Flächen angesiedelt werden. Die übrigen Änderungen beziehen sich auf die Zulassung von nicht zentrenrelevantem Einzelhandel (z. B. Autohändler).

Herr Ohlenroth machte deutlich, dass mit dieser vorgelegten Planung eine Entscheidung getroffen werden muss, ob die Planungen für den Gleisanschluss aufrechterhalten bleiben sollen. Aus seiner Sicht spricht er die Empfehlung aus, diese Planungen nicht weiter voranzutreiben bzw. diese Möglichkeit aufzugeben, weil sonst eine sinnvolle Nutzung der südlich gelegenen Flächen in der Nähe des Gleises nicht möglich wäre.

Im weiteren Verlauf ging Herr Ohlenroth auf die Kostenschätzungen sowie die Zeitplan ein. Es ist geplant, dass das Jahr 2017 für die Bauleitplanung verwendet wird. Im Winter 2017 könnte eine Ausschreibung erfolgen, um im Frühjahr 2018 mit den Erschließungsmaßnahmen beginnen zu können. Es ist kurzfristig zu klären, ob Fa. Manzke, als Eigentümer der nordöstlichen Lagerfläche, mit der vorgeschlagenen Parzellierung einverstanden ist. Herr Neumann ergänzte, dass entsprechende Vorgespräche bereits geführt wurden und Herr Manzke grundsätzlich keine Einwände gegen diese Planung hat.

Auf Nachfrage von Herrn Wille bezifferte Herr Neumann die Kosten für die Bauleitplanung auf ca. 25 TEUR.

Auf Nachfrage von Herrn Neumann erläuterte Herr Ohlenroth die Kostenanteile für die Herstellung eines Schmutzwasserkanals sowie einer Pumpstation.

Auf Nachfrage von Herrn Wille bestätigte Herr Ohlenroth, dass alle drei geplanten Abschnitte weiter geplant werden sollen, damit eine künftige Anpassung des Bebauungsplans nicht notwendig wird.

Beschluss:

Der vorgelegte Erschließungs- und Grundstücksparzellierungsplan wird beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Planungsarbeiten weiter zu betreiben. Die Herstellung eines Gleisanschlusses wird aufgegeben.

Die vorgelegten Kostenschätzungen werden zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

5. Abschluss eines Ingenieurvertrags mit dem Ingenieurbüro IOB (bezogen auf TOP 4)

Eine Aussprache fand nicht statt.

Beschluss:

Mit dem Ingenieurbüro Ohlenroth wird ein Ingenieurvertrag anlässlich der weiteren Erschließungsplanung für das Industriegebiet Süd-West geschlossen. Die Abrechnung des Honorars erfolgt nach den gesetzlichen/ vertraglichen Grundlagen der HOAI.

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

6. Beratung und Beschlussfassung über den geplanten Neubau eines Radweges entlang der Kreisstraße 28 zwischen Barendorf und Vastorf

Herr Lade erklärte, dass der Landkreis auf Grundlage eines Kreistagsbeschlusses entschieden hat, dass nur bestimmte Radwege durch den Landkreis Lüneburg finanziert werden. Der Radweg entlang der K28 erfüllt die vorgegebenen Kriterien des Landkreises nicht, da es sich nach Ansicht des Landkreises nicht um einen Schulweg handelt. Demnach sind die Eigenanteile von den Anliegergemeinden zu finanzieren.

Herr Neumann ergänzte, dass der Eigenanteil für die Gemeinden bei ca. 408 TEUR liegt. Die Finanzierung könnte in folgender Weise erfolgen:

Gemeinde Vastorf 160 TEUR
Samtgemeinde 160 TEUR
Gemeinde Barendorf 10 TEUR
Strukturentwicklungsfonds im Idealfall 70 TEUR

Herr Neumann machte deutlich, dass die Gemeinde Vastorf eine vollständige und unbegrenzte Kostenübernahmeerklärung abgeben muss, damit der Landkreis das Vorhaben umsetzt. Eine tatsächliche Generierung eines Zuschusses aus dem Strukturentwicklungsfonds ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder beantragt noch gesichert.

Herr Lade und Herr Neumann kritisierten das Vorgehen des Landkreises. Die Gemeinden werden vor die Wahl gestellt in kreiseigene Infrastruktur zu investieren, obwohl die Aufgabe dem Landkreis obliegt. Herr Lade hob hervor, dass er zunächst nach Aussage des Landkreises von Kosten in Höhe von 213 TEUR ausgegangen ist. Nunmehr haben sich diese Kosten verdoppelt. Beide stellten jedoch heraus, dass die Abgabe einer vollständigen Kostenübernahmeerklärung alternativlos ist, sofern der Radweg tatsächlich errichtet werden soll.

Herr Stöckmann vertrat die Ansicht, dass eine derartige Kostenübernahme erklärt werden müsste.

Herr Wille wies auf die Notwendigkeit dieses Radweges hin und hob hervor, dass die Gemeinde „im Wort“ bei den Bürger/Innen steht. Er kann die Kritik gegenüber dem Landkreis nachvollziehen, sah jedoch auch keine Alternative zur Abgabe der Kostenübernahmeerklärung.

Frau Willenbockel hob hervor, dass der Radweg für Fahrradfahrer, die das Industriegebiet erreichen wollen, sinnvoll zu nutzen sein wird und dadurch die Industrieflächen aufgewertet werden.

Herr Ohlenroth erklärte, dass der Landkreis Lüneburg angemessene Ausbaustandards verfolgt und derzeit keine Wegebreiten von über 2 Metern vorsieht.

Auf Nachfrage von Herrn Pinz erklärte Herr Neumann, dass es gemeindeseitig keine rechtlichen Möglichkeiten gäbe, den Kreistagsbeschluss, der seinerzeit gefasst wurde, anzufechten.

Nach kurzer weiterer Debatte erging folgender

Beschluss:

Die Gemeinde Vastorf erklärt umfassende und vollständige Kostenübernahme anlässlich des Baus eines Radweges entlang der K28. Der Gemeindedirektor wird ermächtigt eine entsprechende Erklärung gegenüber dem Landkreis abzugeben. Die zugesagten Zuschüsse der Samtgemeinde sowie der Gemeinde Barendorf werden zur Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

7. Antrag von Frau Dana Kretschmer; Versetzung der Straßenlaterne vor dem Grundstück „Am Waldesrand 6“

Herr Neumann erläuterte den Antrag von Frau Kretschmer. Sie bat aus Gründen einer besseren Erreichbarkeit ihres Grundstücks um Versetzung der Straßenlaterne vor ihrem Haus.

Herr Stöckmann konnte sich dem Antrag anschließen, jedoch sollte Frau Kretschmer die Kosten übernehmen.

Herr Pinz merkte an, dass die Straßenbeleuchtung bereits seit vielen Jahren an dieser Stelle positioniert ist.

Herr Kammlodt wies daraufhin, dass bei Versetzung darauf zu achten ist, dass diese Maßnahme von einer fachkundigen Firma erledigt wird.

Beschluss:

Dem Antrag von Frau Kretschmer zur Versetzung der Straßenlaterne vor ihrem Grundstück Wird unter der Voraussetzung stattgegeben, dass sie Kostenübernahme erklärt.

8. Antrag der Gruppe SPD/CDU; Veränderung der Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung

Frau Willenbockel stellte den Antrag zur Änderung der Schaltzeiten dar. Aus ihrer Sicht erscheint es notwendig, die Zeiten von 23.30 Uhr auf 0.30 Uhr auszuweiten. Sie begründete den Antrag mit abendlichen Spaziergängern sowie dem steigenden Wolfsaufkommen in dieser Region.

Herr Wille konnte den Antrag nicht nachvollziehen und erklärte, dass sich die bisherigen Schaltzeiten bewährt haben. Aus seiner Sicht sind die dargelegten Gründen Individualinteressen.

Herr Stöckmann kritisierte das Vorgehen seinerzeit, als die Schaltzeiten verändert wurden. Er erklärte, dass er keine Kenntnis von der Veränderung seinerzeit hatte.

Herr Wille erklärte, dass hierüber in einer öffentlichen Sitzung des Bauausschusses beraten wurde und im Verwaltungsausschuss abschließend Beschluss gefasst wurde.

Beschluss:

Die Schaltzeiten der Straßenbeleuchtung werden von 23.30 Uhr auf 0.30 Uhr ausgeweitet.

Dieser Beschluss wurde mit 7 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen gefasst.

9. Antrag von Herrn Jürgen Meyer; Erwerb einer gemeindeeigenen Fläche (Flur 1, Flurstück 75/19 teilweise)

Herr Neumann stellte den Antrag von Herrn J. Meyer vor. Er beabsichtigt einen Teil der gemeindeeigenen Straßenfläche zu erwerben.

Herr Wille fragte an, wer die Nebenkosten (Notar etc.) übernehmen würde. Herr Neumann erklärte, dass diese Zuständigkeit beim Käufer liegt.

Herr Meyer wies daraufhin, dass diese mögliche Veräußerung Begehrlichkeiten für andere Flächen erwecken würde.

Herr Stöckmann schlug vor, den zweiten Anlieger zu befragen, ob der Einwände gegen die geplante Veräußerung vorbringen würden.

Auf Nachfrage von Herrn Wille erklärte Herr Neumann, dass die Fläche als Ausgleichsfläche ungeeignet erscheint.

Beschluss:

Der Antrag von Herrn J. Meyer auf Erwerb der Fläche 75/19, Flur 1, Gemarkung Volkstorf, wird abgelehnt.

Dieser Beschluss wurde bei 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung sowie 1 Nein-Stimme gefasst.

10. Antrag der Feuerwehr Vastorf; Bezuschussung Zeltlager Kinder- und Jugendfeuerwehr

Eine Aussprache fand nicht statt.

Beschluss:

Die Feuerwehr Vastorf erhält einen Zuschuss in Höhe von 2,50 € je Tag und Teilnehmer/in.

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

11. Antrag DRK Vastorf; Bezuschussung Weihnachtsfeier

Eine Aussprache fand nicht statt.

Herr Wille merkte insgesamt bei derartigen Anträgen an, dass diese vor der eigentlichen Veranstaltung zu stellen sind. Herr Lade erklärte, dass er der Feuerwehr diesen Hinweis weitergeben wird.

Beschluss:

Das DRK Vastorf erhält einen Zuschuss in Höhe von 100 €.

Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.

12. Anfragen

Herr Pinz teilte mit, dass im Bereich der Straße „Am Kreienberg“ auf der Höhe zur ehemaligen Einfahrt des Osterfeuerplatzes eine Pappel beschädigt ist. Herr Neuman sagte Klärung zu.

Ferner sind die wassergebundenen Wege „Am Kreienberg“ sowie „Am Park“ in einem schlechten Zustand. Herr Neumann erklärte, dass er hierzu bereits mit einer Fachfirma in Kontakt steht und hierzu eine Unterhaltungsidee entwickelt wird.

Herr Meyer wies auf die Ausspülung im Bereich des Seitenraums „In der Reeh“ hin. Herr Neumann sagte Klärung zu.


Herr Wille merkte an, dass es aus seiner Sicht sinnvoll erscheint, dass Einwohner/innen selbstständig umgefallene öffentliche Bäume entsorgen und das Holz behalten dürfen, sofern diese durch Windbruch Straßen und Weg versperren.

Herr Lade und die übrigen Ratsmitglieder schlossen sich dieser Sichtweise an und der Gemeindedirektor wird ermächtigt, in entsprechender Weise zu handeln.

Weitere Anfragen lagen nicht vor.

13. Schließung der Sitzung und Einwohnerfragestunde

Herr Lade schloss die Sitzung und eröffnete die Einwohnerfragestunde.



Lade
Bürgermeister



Neumann
Gemeindedirektor
zugleich Protokollführer